

Bundesgesetzblatt ²⁸¹

Teil II

Z 1998 A

1982

Ausgegeben zu Bonn am 25. März 1982

Nr. 13

Tag	Inhalt	Seite
19. 3. 82	Gesetz zur Verteilung von Entschädigungen für deutsches Vermögen in Ägypten und in Honduras sowie zum Abkommen vom 28. April 1980 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Arabischen Republik Ägypten über die Regelung gewisser Fragen betreffend deutsches Vermögen neu: 623-3	282
17. 3. 82	Verordnung über die Inkraftsetzung einer Änderung der Internationalen Gesundheitsvorschriften vom 25. Juli 1969	286
23. 3. 82	Verordnung zu dem Abkommen vom 12. Februar 1981 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Ungarischen Volksrepublik über die steuerliche Behandlung von Straßenfahrzeugen im internationalen Verkehr	291
24. 2. 82	Bekanntmachung der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Togo über Finanzielle Zusammenarbeit	293
10. 3. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zur Vereinheitlichung von Regeln über den Arrest in Seeschiffe	295
10. 3. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zur Vereinheitlichung von Regeln über die zivilgerichtliche Zuständigkeit bei Schiffszusammenstößen ...	296
10. 3. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zur Vereinheitlichung von Regeln über die strafgerichtliche Zuständigkeit bei Schiffszusammenstößen und anderen mit der Führung eines Seeschiffes zusammenhängenden Ereignissen	296

Gesetz
zur Verteilung von Entschädigungen
für deutsches Vermögen in Ägypten und in Honduras
sowie zum Abkommen vom 28. April 1980
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Arabischen Republik Ägypten
über die Regelung gewisser Fragen betreffend deutsches Vermögen

Vom 19. März 1982

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Zustimmungsvorschrift

Dem in Kairo am 28. April 1980 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Arabischen Republik Ägypten über die Regelung gewisser Fragen betreffend deutsches Vermögen wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Bezeichnung von Vorschriften

In diesem Gesetz werden bezeichnet

1. als Feststellungsgesetz das Feststellungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1969 (BGBl. I S. 1885), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 27. Januar 1975 (BGBl. I S. 401),
2. als Lastenausgleichsgesetz das Lastenausgleichsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1969 (BGBl. I S. 1909), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Neunten Gesetzes zur Änderung des Bundeskindergeldgesetzes vom 22. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1566),
3. als Reparationsschädengesetz das Reparationsschädengesetz vom 12. Februar 1969 (BGBl. I S. 105), zuletzt geändert durch Artikel 37 des Gesetzes vom 14. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3341).

Artikel 3

Verteilungsvorschriften

§ 1

(1) Nach Maßgabe dieses Gesetzes sind zu verteilen

1. der in Artikel 1 des Abkommens vereinbarte Entschädigungsbetrag von 1 500 000 Deutsche Mark an die Berechtigten (§ 2), die durch Anwendung der gegen das deutsche Auslandsvermögen gerichteten ägyptischen Feindvermögensgesetzgebung auf ihr in Ägypten belegenes Vermögen Vermögensschaden erlitten haben;
2. der in Artikel 2 des Abkommens vereinbarte Entschädigungsbetrag von 250 000 Deutsche Mark an die Berechtigten (§ 2), die nach dem Zweiten Weltkrieg durch Verstaatlichung deutschen Vermögens in Ägypten Vermögensschaden erlitten haben;

3. der in Artikel 1 des Regierungsabkommens vom 14. Dezember 1978 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Honduras über die Regelung gewisser, durch den Zweiten Weltkrieg verursachter Probleme (BGBl. 1979 II S. 402) vereinbarte Entschädigungsbetrag von 2 000 000 Deutsche Mark an die Berechtigten (§ 2), die durch Anwendung der gegen das deutsche Auslandsvermögen gerichteten honduranischen Feindvermögensgesetzgebung auf ihr in Honduras belegenes Vermögen Vermögensschaden erlitten haben.

(2) Die Verteilung erfolgt auf der Grundlage von Schlüsselzahlen, die in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Feststellungsgesetzes über die Ersatzeinheitsbewertung und des § 245 Nr. 2 des Lastenausgleichsgesetzes innerhalb jeder der in Absatz 1 bezeichneten Gruppen gesondert festzustellen sind. Der Berechtigte einer Gruppe erhält jeweils den Betrag, der zu der für ihn festgestellten Schlüsselzahl im Sinne des Satzes 1 in dem gleichen Verhältnis steht wie der für diese Gruppe bereitgestellte Entschädigungsbetrag zu der Summe der auf sie entfallenden Schlüsselzahlen.

§ 2

(1) Berechtigte nach § 1 Abs. 1 sind

1. die unmittelbar geschädigten deutschen natürlichen und juristischen Personen,
2. die bei Schadenseintritt beteiligten deutschen Anteilseigner der durch die Maßnahmen gegen das deutsche Auslandsvermögen betroffenen ägyptischen und honduranischen juristischen Personen,

die am maßgebenden Stichtag (Absatz 2) die Aufenthaltsvoraussetzungen (Absatz 3) für die Zuerkennung einer Entschädigung nach diesem Gesetz erfüllen. Ist ein Berechtigter vor dem Stichtag verstorben, sind dessen Erben oder weitere Erben, soweit diese am Stichtag die Aufenthaltsvoraussetzungen erfüllen, nach dem Verhältnis ihrer Erbteile berechtigt.

(2) Stichtag ist

1. bei Vermögensschäden in Ägypten (§ 1 Abs. 1 Nr. 1 und 2) der 28. April 1980,
2. bei Vermögensschäden in Honduras (§ 1 Abs. 1 Nr. 3) der 14. Dezember 1978.

(3) Ein Anspruch auf Entschädigung nach diesem Gesetz wird nur zuerkannt, wenn der unmittelbar Geschädigte oder dessen Erbe (Absatz 1) seinen ständigen Aufenthalt oder seinen Sitz am Stichtag außerhalb der Aussiedlungsgebiete (§ 11 Abs. 2 Nr. 3 des Lastenaus-

gleichsgesetzes) sowie der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost) hatte.

§ 3

(1) Die Feststellung der Schlüsselzahlen (§ 1 Abs. 2) erfolgt nur auf Antrag. Der Antrag ist schriftlich innerhalb einer Ausschußfrist von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes bei dem Ausgleichsamt Stuttgart zu stellen.

(2) Die Schlüsselzahl wird von dem Ausgleichsamt Stuttgart durch Bescheid festgestellt.

§ 4

(1) Für das Feststellungsverfahren (§ 3) sind, soweit nicht in diesem Gesetz etwas anderes bestimmt ist, die Vorschriften des Vierten Abschnitts des Feststellungsgesetzes entsprechend anzuwenden.

(2) Über die Klage gegen den Beschluß des Beschwerdeausschusses entscheidet das Verwaltungsgericht endgültig.

(3) Der Vertreter der Interessen des Ausgleichsfonds ist an dem Verfahren nicht beteiligt.

§ 5

Die Entschädigung wird durch das Ausgleichsamt Stuttgart ausgezahlt.

§ 6

Ist auf Grund von Schäden im Sinne des § 1 Abs. 1 Hauptentschädigung nach dem Lastenausgleichsgesetz oder Entschädigung nach dem Reparationsschädengesetz bereits gewährt worden und ist diese wegen der Entschädigung nach diesem Gesetz zu kürzen, wird

die Entschädigung nach diesem Gesetz nur insoweit ausgezahlt, als die Hauptentschädigung nach dem Lastenausgleichsgesetz oder die Entschädigung nach dem Reparationsschädengesetz von einer Kürzung nicht betroffen ist. Der Betrag, um den die Hauptentschädigung nach dem Lastenausgleichsgesetz oder die Entschädigung nach dem Reparationsschädengesetz zu kürzen ist, wird den Trägern dieser Leistungen aus dem Entschädigungsbetrag nach § 1 Abs. 1 erstattet.

§ 7

Zweckvermögen, die durch die Leistungen an die Order der Bundesregierung nach Artikel 1 und 2 des Abkommens mit Ägypten (§ 1 Abs. 1 Nr. 1 und 2) und nach Artikel 1 des Regierungsabkommens mit Honduras (§ 1 Abs. 1 Nr. 3) entstanden sind oder entstehen, sind von der Körperschaftsteuer und der Vermögensteuer befreit.

Artikel 4

Berlin-Klausel

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 5

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am ersten Tage des auf die Verkündung folgenden Kalendermonats in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen mit Ägypten nach seinem Artikel 9 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 19. März 1982

Der Bundespräsident
Carstens

Der Bundeskanzler
Schmidt

Der Bundesminister der Finanzen
Hans Matthöfer

Der Bundesminister des Auswärtigen
Genscher

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Arabischen Republik Ägypten
über die Regelung gewisser Fragen betreffend deutsches Vermögen**

**Agreement
between the Federal Republic of Germany
and the Arab Republic of Egypt
on the Settlement of Certain Questions concerning German Property**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Arabische Republik Ägypten -

im Geist der freundschaftlichen Beziehungen zwischen ihren Völkern und Regierungen,

in dem Wunsch, diese Beziehungen noch weiter zu vertiefen,

in dem Bestreben, gewisse aus der Zwangsverwaltung oder Verstaatlichung deutschen Vermögens entstandene Fragen zu regeln -

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Arabische Republik Ägypten erklärt sich einverstanden, einen Nettobetrag von DM 1 500 000 (eine Million fünfhunderttausend Deutsche Mark) als Ausgleich für das während des Zweiten Weltkriegs unter Zwangsverwaltung gestellte Vermögen deutscher Staatsangehöriger zu zahlen, und die Bundesrepublik Deutschland erklärt sich einverstanden, diesen Betrag zur restlosen Abgeltung und Befriedigung aller Ansprüche deutscher Staatsangehöriger gegen die Arabische Republik Ägypten anzunehmen. Die Zahlung erfolgt an die Order der Regierung der Bundesrepublik Deutschland in drei Raten, von denen die erste innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Abkommens, die zweite innerhalb eines Jahres nach der ersten Rate und die dritte wiederum ein Jahr später fällig wird.

Artikel 2

Die Arabische Republik Ägypten erklärt sich einverstanden, einen Nettobetrag von DM 250 000 (zweihundertfünftausend Deutsche Mark) als Ausgleich für die Verstaatlichung des Vermögens deutscher Staatsangehöriger zur restlosen Abfindung und Befriedigung aller Ansprüche deutscher Staatsangehöriger gegenüber der Arabischen Republik Ägypten zu zahlen, und die Bundesrepublik Deutschland erklärt sich einverstanden, diesen Betrag anzunehmen. Die Zahlung des Betrags von DM 250 000 durch die Arabische Republik Ägypten erfolgt an die Bundesrepublik Deutschland in einer Rate ein Jahr nach Inkrafttreten dieses Abkommens.

Artikel 3

Die Bundesrepublik Deutschland verteilt nach ihrem Ermessen die in den Artikeln 1 und 2 bezeichneten Beträge an die Berechtigten.

Artikel 4

Die Bundesrepublik Deutschland betrachtet alle Fragen, die im Zusammenhang mit dem Vermögen deutscher Staatsangehöriger in der Arabischen Republik Ägypten während des

The Federal Republic of Germany
and
the Arab Republic of Egypt,

in the spirit of the friendly relations existing between their peoples and Governments,

desiring to intensify those friendly relations still further,

intending to settle certain questions ensuing from the sequestration or nationalization of German property,

have agreed as follows:

Article 1

The Arab Republic of Egypt agrees to pay and the Federal Republic of Germany agrees to accept a net amount of DM 1,500,000 (one million five hundred thousand Deutsche Mark) as compensation for the property of German nationals sequestrated during World War II in full settlement and discharge of all the claims of German nationals against the Arab Republic of Egypt. Payment shall be accomplished to the order of the Government of the Federal Republic of Germany in three instalments, the first within six months after the entry into force of the present Agreement, the second within one year after the first instalment, and the third again one year later.

Article 2

The Arab Republic of Egypt agrees to pay and the Federal Republic of Germany agrees to accept a net amount of DM 250,000 (two hundred and fifty thousand Deutsche Mark) as compensation for the nationalization of the property of German nationals in full settlement and discharge of all the claims of German nationals against the Arab Republic of Egypt. Payment of the amount of DM 250,000 by the Arab Republic of Egypt shall be made to the Federal Republic of Germany in one instalment one year after the entry into force of the present Agreement.

Article 3

The Federal Republic of Germany shall distribute the amounts specified in Articles 1 and 2 above among the entitled parties at its discretion.

Article 4

The Federal Republic of Germany shall regard all questions which have arisen in connection with the property of German nationals in the Arab Republic of Egypt during World War II and

Zweiten Weltkriegs und danach entstanden sind, als erledigt und verzichtet deshalb auf alle weiteren Ansprüche gegenüber der Arabischen Republik Ägypten wegen des Vermögens deutscher Staatsangehöriger.

Artikel 5

Die Regierung der Arabischen Republik Ägypten wird, soweit dies möglich ist, der Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf deren Wunsch alle Auskünfte erteilen und Unterlagen über die Zwangsverwaltung und Verstaatlichung deutschen Vermögens zur Verfügung stellen.

Artikel 6

Die Arabische Republik Ägypten verpflichtet sich, alle während des Zweiten Weltkriegs erlassenen und noch geltenden Rechtsvorschriften über das Vermögen deutscher Staatsangehöriger innerhalb von zwölf Monaten nach Inkrafttreten dieses Abkommens aufzuheben.

Artikel 7

Die Arabische Republik Ägypten verpflichtet sich, das Eigentum an dem Grundstück des früheren deutschen Konsulats in der Horreia-Straße in Alexandria innerhalb von zwölf Monaten nach Inkrafttreten dieses Abkommens auf die Bundesrepublik Deutschland zu übertragen. Diese Übertragung wird kostenlos erfolgen, und das Grundstück wird unbelastet sein. Die Bundesrepublik Deutschland wird gestatten, daß die Schulgebäude auf dem Grundstück fünf Jahre lang nach Inkrafttreten dieses Abkommens weiterhin für Schulzwecke benutzt werden. Solange das Grundstück von ägyptischen Behörden für Schulzwecke benutzt wird, werden sämtliche Abgaben und Gebühren für das Grundstück von ägyptischer Seite getragen. Miete wird von ägyptischer Seite jedoch nicht gezahlt.

Unter Berücksichtigung des Absatzes 1 werden die Vertragsparteien innerhalb von zwölf Monaten nach Inkrafttreten dieses Abkommens eine Einigung über einen Beitrag erzielen, den die Bundesrepublik Deutschland der Arabischen Republik Ägypten für den Ersatz der beiden Schulgebäude zu leisten hat, die sich derzeit auf dem Grundstück in der Horreia-Straße befinden.

Artikel 8

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Arabischen Republik Ägypten innerhalb von drei Monaten nach der Unterzeichnung dieses Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 9

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem beide Regierungen einander notifiziert haben, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind.

Geschehen zu Kairo am 28. April 1980 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Hille

Für die Arabische Republik Ägypten
For the Arab Republic of Egypt
Abdel Aziz Zahwy

thereafter as settled and consequently renounces any further claims against the Arab Republic of Egypt with regard to the property of German nationals.

Article 5

The Government of the Arab Republic of Egypt shall upon request make available to the Government of the Federal Republic of Germany wherever possible all information and any documents on the sequestration and nationalization of German property.

Article 6

The Arab Republic of Egypt undertakes to repeal within twelve months after the entry into force of the present Agreement all legislation on the property of German nationals which was enacted during World War II and is still in force.

Article 7

The Arab Republic of Egypt undertakes to transfer ownership of the site of the former German Consulate at Horreia Street in Alexandria to the Federal Republic of Germany within twelve months of the entry into force of the present Agreement. The aforementioned transfer will be free of charge and the site will be unencumbered. The Federal Republic of Germany will allow the school buildings on the site to continue to be used for school purposes for five years after the entry into force of the present Agreement. As long as the site is used by Egyptian Authorities for school purposes, all taxes and fees for the site will be borne by the Egyptian side. No rent, however, will be payable by the Egyptian side.

In consideration of the foregoing paragraph the Contracting Parties will reach agreement within twelve months of the entry into force of the present Agreement on a contribution to be paid by the Federal Republic of Germany to the Arab Republic of Egypt for the replacement of the two school buildings now located on the site at Horreia Street.

Article 8

This Agreement shall also apply to Land Berlin, provided that the Government of the Federal Republic of Germany does not make a contrary declaration to the Government of the Arab Republic of Egypt within three months of the date of signature of this Agreement.

Article 9

The present Agreement shall enter into force on the date on which the two Governments shall have notified each other that the constitutional requirements for such entry into force have been fulfilled.

Done at Cairo on 28 April, 1980 in duplicate in the German, Arabic and English languages, all three texts being authentic. In case of divergent interpretations of the German and Arabic texts, the English text shall prevail.

**Verordnung
über die Inkraftsetzung einer Änderung
der Internationalen Gesundheitsvorschriften vom 25. Juli 1969**

Vom 17. März 1982

Auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes vom 1. Juli 1971 zu den Internationalen Gesundheitsvorschriften vom 25. Juli 1969 (BGBl. 1971 II S. 865) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

Die von der 34. Weltgesundheitsversammlung am 20. Mai 1981 beschlossenen Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften vom 25. Juli 1969 (BGBl. 1971 II S. 865) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 1975 (BGBl. II S. 456) werden hiermit in Kraft gesetzt. Die Änderungen werden nachstehend veröffentlicht.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit Artikel 6 des in der Eingangsformel genannten Gesetzes auch im Land Berlin.

§ 3

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tage in Kraft, an dem die in § 1 bezeichneten Änderungen für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tage außer Kraft, an dem die in § 1 bezeichneten Änderungen für die Bundesrepublik Deutschland außer Kraft treten.

(3) Der Tag des Inkrafttretens und des Außerkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Bonn, den 17. März 1982

Der Bundeskanzler
Schmidt

Der Bundesminister
für Jugend, Familie und Gesundheit
Antje Huber

Änderung der internationalen Gesundheitsvorschriften (1969)

Amendment of the International Health Regulations (1969)

Amendements au Règlement sanitaire international (1969)

(Übersetzung)

The Thirty-fourth World Health Assembly,

Recalling resolution WHA 33.3, which declares solemnly that the world and all its peoples have won freedom from smallpox;

Considering that, in consequence, the time has come for smallpox no longer to be included among the diseases subject to the International Health Regulations (1969), as amended by the Additional Regulations adopted on 23 May 1973;¹⁾

Recalling the amendments relating to Articles 18, 19, paragraph 2 (e), and 47, paragraph 2, kept in abeyance in accordance with resolution WHA 27.45;²⁾

Having examined the report forwarded to it by the Executive Board at its sixty-seventh session;

Having regard to Articles 2 (k), 21 (a) and 22 of the Constitution;

1. Decides that smallpox shall no longer be included among the diseases subject to the International Health Regulations (1969), as amended by the Additional Regulations adopted on 23 May 1973;
2. Includes smallpox among the diseases under international surveillance in accordance with resolution WHA 22.47, the provisions of which apply in view of the global eradication of smallpox;
3. Adopts, this twentieth day of May 1981, the following Additional Regulations:

La Trente-Quatrième Assemblée mondiale de la Santé,

Rappelant la résolution WHA 33.3, qui déclare solennellement que tous les peuples du monde sont désormais libérés de la variole;

Estimant qu'en conséquence le moment est venu de ne plus faire figurer la variole parmi les maladies soumises au Règlement sanitaire international (1969), amendé par le Règlement additionnel adopté le 23 mai 1973;¹⁾

Rappelant les amendements relatifs aux articles 18, 19, paragraphe 2 e), et 47, paragraphe 2, laissés en suspens conformément à la résolution WHA 27.45;²⁾

Ayant examiné le rapport que le Conseil exécutif lui a transmis à sa soixante-septième session;

Vu les articles 2 k), 21 a) et 22 de la Constitution;

1. Décide que la variole ne devra plus figurer parmi les maladies soumises au Règlement sanitaire international (1969), amendé par le Règlement additionnel adopté le 23 mai 1973;
2. Inclut la variole dans les maladies sous surveillance internationale, conformément à la Résolution WHA 22.47, dont les dispositions sont applicables compte tenu de l'éradication mondiale de la variole;
3. Adopte, le 20 mai 1981, le Règlement additionnel suivant:

Die Vierunddreißigste Weltgesundheitsversammlung,

unter Hinweis auf die Resolution WHA 33.3, welche feierlich bekanntgibt, daß die Welt und alle ihre Völker von Pocken befreit sind;

in der Erwägung, daß es infolgedessen an der Zeit ist, Pocken nicht mehr zu den Krankheiten zu zählen, die den Internationalen Gesundheitsvorschriften (1969) in der durch die Zusatzvorschriften geänderten Fassung vom 23. Mai 1973¹⁾ unterliegen;

eingedenk der Änderungen in bezug auf Artikel 18, 19 Abs. 2 (e) und 47 Abs. 2, die gemäß Resolution WHA 27.45 noch unentschieden sind;²⁾

nach Prüfung des ihr von dem Exekutivrat bei seiner siebenundsechzigsten Sitzung vorgelegten Berichts;

gestützt auf Artikel 2 (k), 21 (a) und 22 der Satzung;

1. beschließt, daß Pocken nicht länger zu den Krankheiten, die den Internationalen Gesundheitsvorschriften (1969) in der durch die Zusatzvorschriften geänderten Fassung vom 23. Mai 1973 unterliegen, gezählt werden;
2. rechnet Pocken zu den unter internationaler Beobachtung stehenden Krankheiten gemäß Resolution WHA 22.47, deren Bestimmungen angesichts der weltweiten Ausrottung der Pocken anwendbar sind;
3. nimmt heute, am zwanzigsten Mai 1981, die folgenden Zusatzvorschriften an:

¹⁾ International Health Regulations (1969), second annotated edition. Geneva, World Health Organization, 1974.

²⁾ WHO Official Records, No. 217, 1974, p. 21, 71 and 81.

¹⁾ Règlement sanitaire international (1969), deuxième édition annotée, Genève, Organisation mondiale de la Santé, 1974.

²⁾ OMS, Actes officiels, N° 217, 1974, pp. 21, 71 et 81.

¹⁾ Internationale Gesundheitsvorschriften (1969), 2. kommentierte Auflage, Genf, Weltgesundheitsorganisation, 1974.

(Vgl. Bekanntmachung der Neufassung der Internationalen Gesundheitsvorschriften vom 10. April 1975 [BGBl. II S. 456])

²⁾ WHO Official Documents, Nr. 217, 1974, S. 21, 71 and 81.

Article I

The International Health Regulations (1969) are amended as follows:

Part I – Definitions

Article 1

“diseases subject to the Regulations”. Delete the words “smallpox, including variola minor (alastrim)”, so that the definition reads as follows:

“diseases subject to the Regulations’ (quarantinable diseases) means cholera, including cholera due to the *eltor* vibrio, plague, and yellow fever;”

Part II – Notifications and epidemiological information

Article 7

Paragraph 2, subparagraph (a). Delete the word “smallpox”, so that the subparagraph reads as follows:

“(a) in the case of plague or cholera, a period of time equal to at least twice the incubation period of the disease, as hereinafter provided, has elapsed since the last case identified has died, recovered or been isolated, and there is no epidemiological evidence of spread of that disease to any contiguous area;”

Part III – Health organization

Article 18

Delete, and renumber Article 19 and succeeding articles throughout the Regulations.

Article 19

Paragraph 2, subparagraph (e). Delete the words “for vaccination against smallpox, and facilities within the airport” and “cholera and”, so that the subparagraph reads as follows:

“(e) facilities within the airport or available to it for vaccination against yellow fever.”

Part IV – Health measures and procedure

Chapter V – Measures concerning the International Transport of Cargo, Goods, Baggage, and Mail.

Article I

Le Règlement sanitaire international (1969) est modifié comme suit:

Titre I – Définitions

Article 1

«maladies soumises au Règlement». Supprimer le membre de phrase: «la variole, y compris la variole mineure (alastrim)», de manière que la définition soit libellée comme suit:

«maladies soumises au Règlement (maladies quaranténaires) désigne le choléra, y compris le choléra *eltor*, la fièvre jaune et la peste;»

Titre II – Notifications et renseignements épidémiologiques

Article 7

Paragraphe 2, lettre a). Supprimer le terme «variole», de manière que l’alinéa soit ainsi libellé:

«a) en cas de peste ou de choléra, il s’est écoulé, après le décès, la guérison ou l’isolement du dernier cas constaté, un laps de temps au moins égal au double de la période d’incubation telle que déterminée dans le présent Règlement, et que n’existent pas de signes épidémiologiques d’extension de la maladie à une zone contiguë;»

Titre III – Organisation sanitaire

Article 18

Supprimer l’article 18 et renuméroter en conséquence les articles 19 et suivants jusqu’à la fin du Règlement.

Article 19

Paragraphe 2, lettre e). Supprimer les passages suivants: «pour la vaccination contre la variole à l’intérieur de l’aéroport et», «des moyens nécessaires» et «contre le choléra et», de manière que l’alinéa soit ainsi libellé:

«e) des moyens nécessaires, soit à l’intérieur soit à l’extérieur de l’aéroport, pour la vaccination contre la fièvre jaune.»

Titre IV – Mesures et formalités sanitaires

Chapitre V – Mesures concernant le transport international des cargaisons, des marchandises, des bagages et du courrier.

Artikel I

Die Internationalen Gesundheitsvorschriften (1969) werden wie folgt geändert:

Teil I – Begriffsbestimmungen

Artikel 1

„den Vorschriften unterliegende Krankheiten“. Die folgenden Worte entfallen: „Pocken, einschließlich variola minor (Alastrim)“, so daß die Definition folgenden Wortlaut erhält:

„bedeutet ‚den Vorschriften unterliegende Krankheiten‘ (quarantänepflichtige Krankheiten) Cholera einschließlich der Cholera El Tor, Pest sowie Gelbfieber;“

Teil II – Meldungen und epidemiologische Auskünfte

Artikel 7

Absatz 2 Unterabsatz a: Das Wort „Pocken“ entfällt, so daß der Unterabsatz folgenden Wortlaut erhält:

„a) wenn bei Pest oder Cholera nach dem Zeitpunkt, in dem der letzte festgestellte Fall mit dem Tode, der Genesung oder der Absonderung beendet wurde und keine epidemiologischen Anzeichen für die Ausbreitung der Krankheit auf irgendein benachbartes Gebiet vorliegen, eine Frist verstrichen ist, die mindestens der doppelten Inkubationszeit der Krankheit gemäß den nachstehenden Bestimmungen entspricht;“

Teil III – Gesundheitsorganisation

Artikel 18

Entfällt; Artikel 19 sowie die folgenden Artikel werden entsprechend neu nummeriert.

Artikel 19

Absatz 2 Unterabsatz e: Die folgenden Worte entfallen: „Einrichtungen innerhalb des Flughafens für die Impfung gegen Pocken sowie“ und „Cholera und“, so daß der Unterabsatz den folgenden Wortlaut erhält:

„e) Einrichtungen für die Impfung gegen Gelbfieber, die sich innerhalb des Flughafens befinden oder diesem zur Verfügung stehen.“

Teil IV – Gesundheitsmaßnahmen und -verfahren

Kapitel V – Maßnahmen bezüglich der internationalen Beförderung von Fracht, Gütern, Gepäck und Post.

Article 47

Paragraph 2. Delete the words "Apart from the measures provided for in Article 64," so that the paragraph reads as follows:

"2. Goods, other than live animals, in transit without transshipment shall not be subject to health measures or detained at any port, airport, or frontier."

Part V – Special provisions relating to each of the diseases subject to the regulations

Charter IV – Smallpox

Delete, and renumber Article 83 and succeeding articles accordingly, throughout the Regulations.

Part VI – Health documents

Appendix 3 – International Certificate of Vaccination or Revaccination against Smallpox

Delete, and renumber Appendices 4 and 5 accordingly, throughout the Regulations.

Appendix 4 – Maritime Declaration of Health

Health questions, No. 1. Delete the word "smallpox" so that the question reads as follows:

"1. Has there been on board during the voyage *) any case or suspected case of plague, cholera or yellow fever?

Give particulars in Schedule.

Article II

The period provided, in the execution of Article 22 of the Constitution of the Organization, for rejection or reservation shall be six months from the date of the notification by the Director-General of the adoption of these Additional Regulations by the World Health Assembly.

Article III

These Additional Regulations shall come into force on the first day of January 1982.

*) If more than four weeks have elapsed since the voyage began, it will suffice to give particulars for the last four weeks."

Article 47

Paragraphe 2. Supprimer le membre de phrase: «Sous réserve des mesures prévues à l'article 64», de manière que le paragraphe soit ainsi libellé:

«2. Les marchandises, autres que les animaux vivants, qui passent en transit sans transbordement ne sont soumises à aucune mesure sanitaire ni retenues aux ports, aéroports ou stations frontières.»

Titre V – Dispositions propres à chacune des maladies soumises au Règlement

Chapitre IV – Variole

Supprimer le chapitre IV et renuméroter en conséquence les articles 83 et suivants jusqu'à la fin du Règlement.

Titre VI – Documents sanitaires

Appendice 3 – Certificat international de vaccination ou de revaccination contre la variole

Supprimer l'appendice 3 et renuméroter les appendices 4 et 5 en conséquence, dans tout le Règlement.

Appendice 4 – Déclaration maritime de santé

Questionnaire de santé, question N° 1. Supprimer le terme «varirole», de manière que la question soit ainsi libellée:

«1. Y a-t-il eu à bord, en cours de voyage, *) un cas (ou une présomption) de peste, de choléra ou de fièvre jaune?

Donner les détails dans le tableau.

Article II

Le délai prévu conformément à l'article 22 de la Constitution de l'Organisation pour formuler tout refus ou réserve est de six mois à compter de la date de notification, par le Directeur général, de l'adoption du présent Règlement additionnel par l'Assemblée mondiale de la Santé.

Article III

Ce Règlement additionnel entrera en vigueur le premier jour de janvier 1982.

*) S'il s'est écoulé plus de quatre semaines depuis le début du voyage, il suffira de donner des renseignements pour les quatre dernières semaines.»

Artikel 47

Absatz 2. Die folgenden Worte entfallen: „außer den in Artikel 64 vorgesehenen Maßnahmen“, so daß der Absatz folgenden Wortlaut erhält:

„2. Im Durchgangsverkehr ohne Umladung dürfen Güter – mit Ausnahme lebender Tiere – keinen Gesundheitsmaßnahmen unterworfen und nicht in einem Hafen, auf einem Flughafen oder an einer Grenzstelle zurückgehalten werden.“

Teil V – Besondere Bestimmungen betreffend die einzelnen den Vorschriften unterliegenden Krankheiten

Kapitel IV – Pocken

Entfällt; Artikel 83 sowie die folgenden Artikel werden entsprechend neu nummeriert.

Teil VI – Gesundheitsdokumente

Anhang 3 – Internationale Bescheinigung über Impfung oder Wiederimpfung gegen Pocken

Entfällt; die Anhänge 4 und 5 werden entsprechend neu nummeriert.

Anhang 4 – Seegesundheits-erklärung

Fragen über die Gesundheit, Nr. 1. Das Wort „Pocken“ ist zu streichen, so daß die Frage folgenden Wortlaut erhält:

„1. Ist während der Reise *) an Bord ein Fall oder Verdachtsfall von Pest, Cholera oder Gelbfieber aufgetreten?

Nähere Angaben sind in der Anlage zu machen.

Artikel II

Die nach Artikel 22 der Satzung der Organisation vorgesehene Frist für Ablehnungen oder Vorbehalte beträgt sechs Monate, gerechnet von dem Tag, an dem der Generaldirektor die Annahme dieser Zusatzvorschriften durch die Weltgesundheitsversammlung notifiziert.

Artikel III

Diese Zusatzvorschriften treten am 1. Januar 1982 in Kraft.

*) Falls seit Reisebeginn mehr als vier Wochen vergangen sind, genügt es, Angaben über die letzten vier Wochen zu machen.“

Article IV

The following final provisions of the International Health Regulations (1969) shall apply to these Additional Regulations: paragraph 3 of Article 94; paragraphs 1 and 2 and the first sentence of paragraph 5 of Article 95; Article 96; Article 97, substituting the date mentioned in Article III of these Additional Regulations for that mentioned therein; and Articles 98 to 101 inclusive.

Article IV

Les dispositions finales suivantes du Règlement sanitaire international (1969) s'appliqueront à ce Règlement additionnel: paragraphe 3 de l'article 94; paragraphes 1 et 2 et première phrase du paragraphe 5 de l'article 95; article 96; article 97, en remplaçant la date d'entrée en vigueur par celle qui est mentionnée à l'article III de ce Règlement additionnel; et articles 98 à 101 inclus.

Artikel IV

Folgende Schlußbestimmungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften (1969) gelten für diese Zusatzvorschriften: Artikel 94 Absatz 3; Artikel 95 Absatz 1 und 2 sowie Absatz 5, Satz 1; Artikel 96; Artikel 97, wobei das in Artikel III dieser Zusatzvorschriften genannte Datum an die Stelle des in Artikel 97 aufgeführten Datums tritt; und Artikel 98 bis einschließlich 101.

In faith whereof we have set our hands at Geneva this twentieth day of May 1981.

En foi de quoi, nous avons apposé nos signatures à Genève ce 20 mai 1981.

Zu Urkund dessen wurde diese Urkunde am 20. Mai 1981 in Genf unterschrieben.

Dr. M. Violaki-Paraskeva

Präsident der Vierunddreißigsten Weltgesundheitsversammlung

President of the Thirty-fourth World Health Assembly

Président de la Trente-Quatrième Assemblée mondiale de la Santé

H. Mahler, M. D.

Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation

Director-General of the World Health Organization

Directeur général de l'Organisation mondiale de la Santé

**Verordnung
zu dem Abkommen vom 12. Februar 1981
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Ungarischen Volksrepublik
über die steuerliche Behandlung von Straßenfahrzeugen
im internationalen Verkehr**

Vom 23. März 1982

Auf Grund des § 15 Abs. 1 Nr. 7 des Kraftfahrzeugsteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Februar 1979 (BGBl. I S. 132) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

Artikel 1

Lastkraftwagen, Zugmaschinen (einschließlich Sattelzugmaschinen), Kraftomnibusse sowie Anhänger (einschließlich Sattelanhänger), die in der Ungarischen Volksrepublik zugelassen sind, werden nach Maßgabe des in Budapest am 12. Februar 1981 unterzeichneten Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Ungarischen Volksrepublik über die steuerliche Behandlung von Straßenfahrzeugen im internationalen Verkehr von der Kraftfahrzeugsteuer befreit. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit Artikel 5 des Gesetzes zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes vom 22. Dezember 1978 (BGBl. I S. 2063) auch im Land Berlin.

Artikel 3

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tage in Kraft, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 5 Abs. 1 in Kraft tritt.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tage außer Kraft, an dem das Abkommen außer Kraft tritt.

(3) Der Tag des Inkrafttretens und Außerkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Bonn, den 23. März 1982

Der Bundeskanzler
Schmidt

Der Bundesminister der Finanzen
Hans Matthöfer

Der Bundesminister für Verkehr
Hauff

Der Bundesminister des Auswärtigen
Genscher

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Ungarischen Volksrepublik
über die steuerliche Behandlung von Straßenfahrzeugen
im internationalen Verkehr**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Ungarischen Volksrepublik

von dem Wunsche geleitet, den Straßenverkehr zwischen den beiden Staaten und den Durchgangsverkehr durch ihre Gebiete zu erleichtern,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Abkommens bedeutet der Begriff „Fahrzeug“ jeder Lastkraftwagen, jede Zugmaschine (einschließlich Sattelzugmaschine) und jeder Kraftomnibus sowie jeder Anhänger (einschließlich Sattelanhänger), der an ein solches Fahrzeug angekoppelt werden kann.

Artikel 2

Fahrzeuge, die im Gebiet einer Vertragspartei zugelassen sind und zum vorübergehenden Aufenthalt in das Gebiet der anderen Vertragspartei eingeführt werden, sind im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland von der Kraftfahrzeugsteuer und im Gebiet der Ungarischen Volksrepublik von der Kraftfahrzeugsteuer (gépjárműadó) befreit.

Artikel 3

(1) Die Befreiungen nach Artikel 2 werden bei Fahrzeugen, die für die Beförderung von Gütern bestimmt sind, gewährt, wenn jeder einzelne Aufenthalt im Gebiet der anderen Vertragspartei vierzehn aufeinanderfolgende Tage nicht überschreitet. Bei Berechnung der Aufenthaltsdauer sind der Einreisetag und der Ausreisetag jeweils als voller Tag zu rechnen.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien dürfen von der in Absatz 1 bestimmten Frist Ausnahmen zulassen, insbesondere wenn die Fahrzeuge betriebsunfähig werden oder für Messen, Ausstellungen oder ähnliche Veranstaltungen verwendet werden.

(3) Die Befreiungen nach Artikel 2 werden bei Kraftomnibussen und deren Anhängern gewährt, wenn jeder einzelne Aufenthalt im Gebiet der anderen Vertragspartei ein Jahr nicht überschreitet.

Artikel 4

Entsprechend dem Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971 wird dieses Abkommen in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt.

Artikel 5

(1) Die Vertragsparteien notifizieren einander, sobald die nach ihrem Recht erforderlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Abkommens erfüllt sind. Das Abkommen tritt einen Monat nach dem Austausch der Notifikationen in Kraft.

(2) Dieses Abkommen wird für unbestimmte Zeit geschlossen. Nach Ablauf eines Jahres nach seinem Inkrafttreten kann jede Vertragspartei das Abkommen mit einer Frist von drei Monaten schriftlich kündigen; in diesem Falle tritt es mit Ablauf dieser Kündigungsfrist außer Kraft.

Geschehen zu Budapest am 12. Februar 1981 in zwei Urschriften, jede in deutscher und ungarischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Dr. Sperl

Für die Regierung der Ungarischen Volksrepublik
Dr. Vincze

**Bekanntmachung
der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Togo
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 24. Februar 1982

In Lomé ist durch Notenwechsel vom 23. Juni 1981/16. September 1981 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Togo eine Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit getroffen worden. Die Vereinbarung ist

am 16. September 1981

in Kraft getreten; sie wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 24. Februar 1982

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Moltrecht

Der Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland

Lomé, den 23. Juni 1981

Herr Minister,

Ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland folgende Vereinbarung vorzuschlagen:

1. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Togo oder einem anderen von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Darlehensnehmer bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für die Finanzierung der Devisenkosten aus dem Bezug von Waren und Leistungen zur Deckung des laufenden notwendigen zivilen Bedarfs und der im Zusammenhang mit der finanzierten Wareneinfuhr anfallenden Devisen- und Inlandskosten für Transport, Versicherung und Montage, ein Darlehen bis zu 334 000 DM (in Worten: dreihundertvierunddreißigtausend Deutsche Mark) aufzunehmen. Es muß sich hierbei um Lieferungen und Leistungen gemäß der dieser Vereinbarung als Anlage beigefügten Liste handeln, für die die Lieferverträge nach dem 5. November 1980 abgeschlossen worden sind.

Ich habe davon Kenntnis genommen, daß die togoische Regierung den Darlehensbetrag von 334 000,- DM gemäß Ergebnisprotokoll der Regierungsverhandlungen 1980 vom 5. November 1980 zu verwenden wünscht.

2. Bei dem Betrag von 334 000,- DM handelt es sich um folgende Restmittel aus früher zugesagten Darlehensbeträgen:

- a) 200 000,- DM aus dem 1969 zugesagten Darlehen über 2 Millionen DM, von denen nur 1,8 Millionen DM für die Lieferung von Güterwagen für die CFT benötigt wurden (vergleiche Abkommen über Finanzielle Zusammenarbeit vom 20. März 1971),
 - b) 134 000,- DM aus dem 1975 zugesagten Darlehen über 1 Million DM, von denen nur 866 000,- DM für die Beteiligung der Deutschen Entwicklungsgesellschaft (DEG) an der Banque Togolaise de Développement (BTD) benötigt wurden (vergleiche Abkommen über Finanzielle Zusammenarbeit vom 8. März 1979).
3. (1) Die Verwendung des in Nummer 1 genannten Darlehens sowie die Bedingungen, zu denen es gewährt wird, bestimmen die zwischen dem Darlehensnehmer und der Kreditanstalt für Wiederaufbau abzuschließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.
 - (2) Die Regierung der Republik Togo, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmerin ist, wird gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Deutscher Mark in Erfüllung von Verbindlichkeiten des Darlehensnehmers aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge garantieren.

4. Die Regierung der Republik Togo stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung der in Nummer 3 genannten Verträge in der Republik Togo erhoben werden.
5. Die Regierung der Republik Togo überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im Land-, See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieser Vereinbarung ausschließen oder erschweren und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.
6. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.
7. Mit Ausnahme der Bestimmungen der Nummer 5 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt diese Vereinbarung auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Togo innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten der Vereinbarung eine gegenseitige Erklärung abgibt.
- Falls sich die Regierung der Republik Togo mit den in Nummer 1 bis 7 enthaltenen Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen bilden, die mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.
- Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Dr. Reitberger

S. E.
dem Minister für Auswärtige
Angelegenheiten und Zusammenarbeit
der Republik Togo
Herrn Anani K. Akakpo Ahianyio

Anlage
zur Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Togo
über Finanzielle Zusammenarbeit

1. Liste der Waren und Leistungen, die gemäß Nummer 1 der Vereinbarung vom 23. Juni 1981 aus dem Darlehen finanziert werden können:
 - Beschaffung von Elektromaterialien für Stromversorgung Centre de Recherche et d'Élevage d'Avétonou.
2. Einfuhrgüter, die in dieser Liste nicht enthalten sind, können nur finanziert werden, wenn die vorherige Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland dafür vorliegt.
3. Die Einfuhr von Luxusgütern und von Verbrauchsgütern für den privaten Bedarf sowie von Gütern und Anlagen, die militärischen Zwecken dienen, ist von der Finanzierung aus dem Darlehen ausgeschlossen.

(Übersetzung)

Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Zusammenarbeit Republik Togo
Abteilung für Internationale Zusammenarbeit
Unterabteilung für Technische Zusammenarbeit

Lomé, den 16. September 1981

Der Minister für Auswärtige
Angelegenheiten und Zusammenarbeit

Exzellenz,

mit Schreiben vom 23. Juni 1981 teilten Sie mir folgendes mit:

(Es folgt der Text der einleitenden Note.)

Ich habe die Ehre, Eurer Exzellenz das Einverständnis der togoischen Regierung mit diesen Vorschlägen zu bestätigen.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Anani K. Akakpo Ahianyo

L. S.

An den
Herrn Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland
Lomé

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens
zur Vereinheitlichung von Regeln über den Arrest in Seeschiffe**

Vom 10. März 1982

Nach einer der Regierung der Bundesrepublik Deutschland jetzt zugegangenen Mitteilung hat Togo mit Note vom 18. Januar 1973 der belgischen Regierung notifiziert, daß es sich auch nach Erlangung der Unabhängigkeit am 27. April 1960 an das Internationale Übereinkommen vom 10. Mai 1952 zur Vereinheitlichung von Regeln über den Arrest in Seeschiffe (BGBl. 1972 II S. 653, 655) gebunden betrachtet, dessen Anwendung vor Erlangung der Unabhängigkeit durch Frankreich auf sein Hoheitsgebiet erstreckt worden war.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 8. März 1973 (BGBl. II S. 172) und vom 30. Dezember 1981 (BGBl. 1982 II S. 69).

Bonn, den 10. März 1982

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz - Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. - Druck: Bundesdruckerei Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
b) Zolltarifvorschriften.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 48,- DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,20 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1978 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 1,80 DM (1,20 DM zuzüglich 0,60 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 2,30 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten, der angewandte Steuersatz beträgt 6,5%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1998 A · Gebühr bezahlt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Übereinkommens
zur Vereinheitlichung von Regeln
über die zivilgerichtliche Zuständigkeit
bei Schiffszusammenstößen**

Vom 10. März 1982

Nach einer der Regierung der Bundesrepublik Deutschland jetzt zugegangenen Mitteilung hat Togo mit Note vom 18. Januar 1973 der belgischen Regierung notifiziert, daß es sich auch nach Erlangung der Unabhängigkeit am 27. April 1960 an das Internationale Übereinkommen vom 10. Mai 1952 zur Vereinheitlichung von Regeln über die zivilgerichtliche Zuständigkeit bei Schiffszusammenstößen (BGBl. 1972 II S. 653, 663) gebunden betrachtet, dessen Anwendung vor Erlangung der Unabhängigkeit durch Frankreich auf sein Hoheitsgebiet erstreckt worden war.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 27. Februar 1973 (BGBl. II S. 169) und vom 30. Dezember 1981 (BGBl. 1982 II S. 69).

Bonn, den 10. März 1982

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Übereinkommens
zur Vereinheitlichung von Regeln
über die strafgerichtliche Zuständigkeit
bei Schiffszusammenstößen und anderen
mit der Führung eines Seeschiffes
zusammenhängenden Ereignissen**

Vom 10. März 1982

Nach einer der Regierung der Bundesrepublik Deutschland jetzt zugegangenen Mitteilung hat Togo mit Note vom 18. Januar 1973 der belgischen Regierung notifiziert, daß es sich auch nach Erlangung der Unabhängigkeit am 27. April 1960 an das Internationale Übereinkommen vom 10. Mai 1952 zur Vereinheitlichung von Regeln über die strafgerichtliche Zuständigkeit bei Schiffszusammenstößen und anderen mit der Führung eines Seeschiffes zusammenhängenden Ereignissen (BGBl. 1972 II S. 653, 668) gebunden betrachtet, dessen Anwendung vor Erlangung der Unabhängigkeit durch Frankreich auf sein Hoheitsgebiet erstreckt worden war.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 13. April 1973 (BGBl. II S. 343) und vom 30. Dezember 1981 (BGBl. 1982 II S. 70).

Bonn, den 10. März 1982

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele